

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION



# SICHERHEIT

DURCH EINEN STARKEN RECHTSSTAAT

Foto: Die Namen der  
NSU Opfer auf einem  
Gedenkstein in Kassel.

**Unsere Freiheit  
und unsere Demokratie  
werden massiv angegriffen.  
Rechtsextreme, aber auch  
Islamisten wollen Angst und  
Schrecken verbreiten.**



Foto: Uwe Zucchi/dpa

# SICHERHEIT *FÜR ALLE*

Unsere Freiheit und unsere Demokratie werden massiv angegriffen. Das zeigen der antisemitische Anschlag in Halle, dessen Ziel ein Massenmord an der jüdischen Gemeinde war, der Mord an Walter Lübcke ebenso wie die mindestens 196 weiteren Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990. Das zeigt aber auch der islamistische Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz mit 12 Toten. Allen terroristischen Gefahren muss entschieden und effektiv auf allen staatlichen Ebenen begegnet werden. Das gilt ebenso für andere Bedrohungen. Auch wenn die Kriminalität insgesamt statistisch rückläufig ist, erschüttern uns

immer wieder Berichte von brutalen Gewalttaten. Wir wollen Sicherheit für alle. So ist zum Beispiel die Angstfreiheit von Frauen im öffentlichen Raum Ausdruck einer Freiheit, die wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen. Ebenso wichtig ist uns der Schutz von Minderheiten gegen Anfeindungen und Hassgewalt.

***Wir setzen auf einen starken Rechtsstaat mit gut ausgebildeter und ausgestatteter Polizei. Statt unnötiger Gesetzesverschärfungen wollen wir effektive Polizeiarbeit nah an den tatsächlichen Problemlagen.***

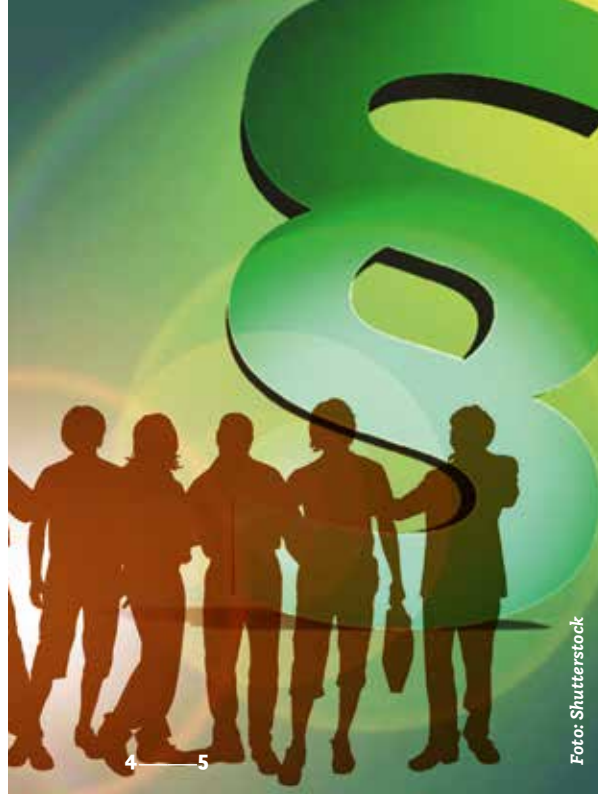


Foto: Shutterstock

Gerade weil wir einen funktionierenden Rechtsstaat haben, ist unser Land trotz realer Bedrohungen nach wie vor eines der sichersten weltweit. Damit das so bleibt, muss genau auf rechtsstaatliche Verfahren geachtet und jeder Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen entgegengetreten werden. Wir setzen auf zielgerichtete Gefahrenabwehr und Strafverfolgung statt sicherheitspolitisch kontraproduktiver Pauschalverdächtigungen und Massenüberwachung. Wir treten für eine Sicherheitspolitik ein, die auf Fakten gründet, und setzen anstelle wirkungsloser Effekthascherei auf Instrumente, die tatsächlich mehr Sicherheit schaffen. Deutschland hat starke Gesetze. Sie müssen entschlossener und konsequenter angewendet werden. Es ist ein gefährlicher Irrweg, auf Gefährdungen der inneren Sicherheit mit immer weitergehenden Einschränkungen unserer Freiheits- und Bürgerrechte zu reagieren. Wer bereit ist, die Freiheit für mehr Sicherheit zu opfern, wird am Ende beides verlieren.

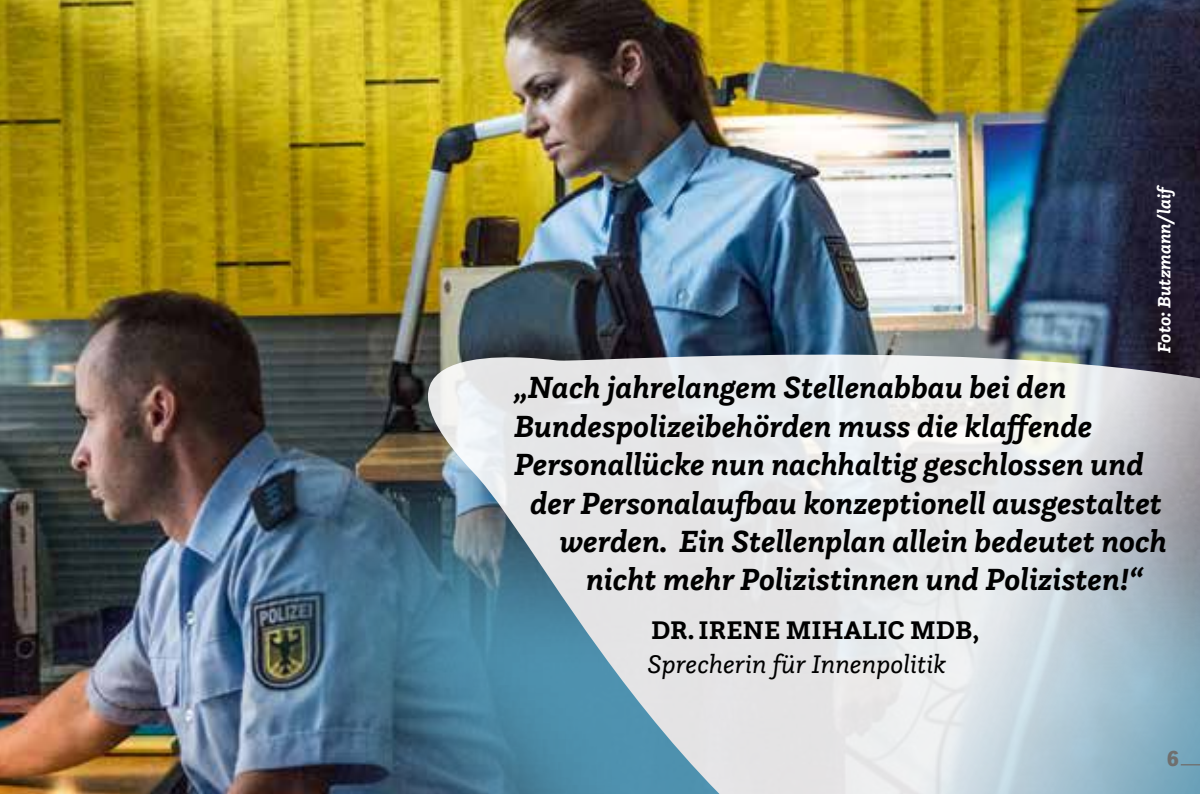


Foto: Butzmann/latif

**„Nach jahrelangem Stellenabbau bei den Bundespolizeibehörden muss die klaffende Personallücke nun nachhaltig geschlossen und der Personalaufbau konzeptionell ausgestaltet werden. Ein Stellenplan allein bedeutet noch nicht mehr Polizistinnen und Polizisten!“**

**DR. IRENE MIHALIC MDB,**  
Sprecherin für Innenpolitik

## VORRANG FÜR POLIZEIARBEIT

Gefahrenabwehr ist Aufgabe der Polizei und nicht der Nachrichtendienste. Deshalb hat Polizeiarbeit für uns einen klaren Vorrang. Eine starke, personell wie technisch gut ausgestattete Polizei sorgt im Alltag konkret für mehr Sicherheit. Es wird Jahre brauchen, die negativen Auswirkungen des früheren Personalabbaus bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt zu kompensieren, den die CDU und CSU zu verantworten haben, die seit 2005 den Bundesinnenminister stellen. Auch muss der Anteil von Frauen in der Polizei sowie der von Menschen mit Migrationsgeschichte endlich dem in der Bevölkerung entsprechen.

Die Skandale um den NSU, den Breitscheidplatz-Anschlag sowie die NSA haben das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden, besonders die Nachrichtendienste, stark erschüttert. Für uns ist klar: Es braucht Nachrichtendienste als rechtsstaatlich handelnde, kontrollierbare und effektive Institutionen. Altmodische Apparate, die viel Energie verschwenden, um sich und ihre Traditionen zu verteidigen oder sich demokratischer Kontrolle zu entziehen, braucht dagegen niemand.

# **NEUSTART**

## **BEIM VERFASSUNGSSCHUTZ**

Rechtsextreme Netzwerke, ausgehobene Waffenlager, „Feindeslisten“ mit zehntausenden Bedrohten: Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erkennt in seiner jetzigen Form viele Sicherheitsrisiken nicht. Das liegt an nicht klar definierten Aufgaben, an analytischen Defiziten und an seiner Neigung, seine Informationen nur unzureichend mit anderen Sicherheitsbehörden auszutauschen. Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft sind regelmäßig viel besser über gefährliche Entwicklungen informiert als das BfV. Hier braucht es eine klare Zäsur. Wir fordern daher einen institutionellen Neustart. Wir wollen ein Bundesamt zur Gefahrenerkennung- und Spionageabwehr gründen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Um die Strukturen und Zusammenhänge demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Islamismus zu beobachten und zu analysieren, wollen wir ein unabhängiges, wissenschaftlich arbeitendes Institut zum Schutz der Verfassung errichten.

# FAKTEN STATT MYTHEN FÜR DIE KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

Wir treten für eine Sicherheitspolitik ein, die auf Fakten gründet und nahe an den tatsächlichen Problemlagen handelt. Deshalb steht für uns fest: Sowohl die Polizei als auch die Politik brauchen bessere Entscheidungsgrundlagen. Um wirksame Konzepte zur Kriminalitätsbekämpfung entwickeln zu können und Gesetze an tatsächlichen Problemen auszurichten, brauchen wir eine verlässliche, regelmäßig aktualisierte Bestandsaufnahme der Kriminalitäts- und Sicherheitslage, die über die bloßen Zahlen der Kriminal- und Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht, z. B. auch das Dunkelfeld einbezieht und nach Ursachen fragt. Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der die Grundlage für solche regelmäßigen Analysen und einen wissenschaftlich fundierten periodischen Sicherheitsbericht schafft.

Eine faktengestützte Sicherheitspolitik muss sich auch wieder stärker mit dem Komplex der organisierten Kriminalität befassen, denn hier entstehen Staat, Gesellschaft und Umwelt jährlich viel zu hohe vermeidbare Schäden.

## KLARE ZUSTÄNDIGKEITEN

Derzeit gibt es eine Vielzahl gesetzlich unregelter Gemeinsamer Zentren von Polizeien und Nachrichtendiensten, wie das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum (GTAZ). Ihr unklarer rechtlicher Status erweist sich auch als Sicherheitsrisiko. Denn wie der Fall Amri nochmals gezeigt hat, braucht es für die Zusammenarbeit klare Verantwortlichkeiten, gleichförmige Verfahren und vereinheitlichte rechtliche Grundlagen. Wer dort an wen welche Informationen weitergibt oder auch nicht, ist heute praktisch nicht nachvollziehbar. Das ist besonders bedenklich, weil Polizeien und Nachrichtendienste dort zusammenarbeiten und das verfassungsrechtlich verankerte Trennungsgebot so in Frage steht. Wir wollen den Informationsaustausch neu regeln und ihn damit auf verbindliche rechtsstaatliche Grundlagen stellen. Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Zentren sollen ihre rechtsstaatskonforme Arbeit und Zuständigkeiten klar geregelt werden. Eine kollektive und intransparente Verantwortungslosigkeit werden wir nicht zulassen.

## GEFAHREN **KONKRET** ABWEHREN

Zielgerichtete anlassbezogene rechtsstaatliche Maßnahmen sind unsere Antwort auf terroristische Bedrohungen. Sogenannte Gefährder, die begründet im Visier der Sicherheitsbehörden sind, müssen möglichst engmaschig überwacht werden. Das kostet Geld, bringt aber konkret mehr Sicherheit – anders als Massenüberwachung. Diese ist nicht zielgerichtet, fehleranfällig und gaukelt Sicherheit nur vor. Undifferenzierte Datensammelwut ist eine ernste Bedrohung der Bürgerrechte. Wir treten daher gegen die Vorratsdatenspeicherung ein. Sie stellt

Menschen unter Generalverdacht. Das Bundesverfassungsgericht sowie der Europäische Gerichtshof haben sie aus gutem Grund für rechtswidrig erklärt. Der Staat muss die Privatsphäre achten und schützen. Videoüberwachung an gefährlichen oder sensiblen Orten ist sinnvoll. Sie kann Straftaten aufklären helfen, aber nicht verhindern. **Das kann nur reale Präsenz von Sicherheitspersonal. Gegen flächendeckende Videoüberwachung wie auch biometrische Gesichtserkennung gibt es glasklare verfassungsrechtliche Grenzen.**

Foto: Jochen Tack/Okapia

**„Gerade in Krisenzeiten muss sich der Rechtsstaat bewähren. Statt Symboldebatten, Placebo-Aktionismus und Massenüberwachung brauchen wir eine rechtsstaatliche Politik, die Sicherheit effektiv erhöht und Grundrechte achtet.“**

**DR. KONSTANTIN VON NOTZ MdB**  
Stv. Fraktionsvorsitzender

# Präventionsarbeit

## AUSBAUEN

Prävention kann, was keine Technik, keine Kamera dieser Welt kann: Demokratie stärken und Straftaten im Vorfeld verhindern. Mit einer Präventionsstrategie für Deutschland wollen wir gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Radikalisierung und Gewalt dort bekämpfen, wo sie entstehen. Es geht darum, dass Menschen gar nicht erst in menschenverachtende, Gewalt propagierende Ideologien wie den Rechtsextremismus abgleiten. Dabei ist entscheidend, Gefahren früh zu erkennen, Gewaltkarrieren zu verhindern

und menschenverachtenden Ideologien immer und überall entgegenzutreten. Wir wollen Hass und Hetze on- wie offline effektiv und rechtsstaatlich bekämpfen. Gleichzeitig geht es darum, Menschen, die sich in der Kommune, in Initiativen und Vereinen für die Demokratie engagieren, zu stärken und zu schützen. Die zivilgesellschaftliche Arbeit wollen wir mit einem Demokratieförderungsgesetz auf sichere rechtliche und finanzielle Grundlagen stellen.

Wir wollen die Identifikation mit der freien, toleranten und vielfältigen Gesellschaft fördern, die Diskriminierungen aus rassistischen Gründen, aufgrund der Herkunft, der Religion oder Weltanschauung oder der sexuellen Identität klar entgegentritt. Gute Schulen und eine starke Kinder- und Jugendhilfe trocknen den Nährboden für Radikalisierung aus, wenn sie Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen verringern. Aber auch für ältere Menschen braucht es passende präventive und demokratiefördernde Angebote.

Auch beim Islamismus muss Deutschland in der eigenen Gesellschaft ansetzen. Ein Großteil der Personen, die von den Behörden hierzulande als islamistische Gefährder eingestuft werden, sind Deutsche. Bei der Prävention und der Deradikalisierung, die Menschen

wieder in die Gesellschaft zurückholt, müssen Sicherheitsbehörden stärker mit zivilgesellschaftlichen Trägern zusammenarbeiten. Eine enge Einbeziehung der hier lebenden Musliminnen und Muslime in die Präventionsarbeit gegen den gewaltbereiten Islamismus ist von größter Bedeutung. Moscheegemeinden und insbesondere Imame stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Verhinderung von Radikalisierung zu leisten.



## WAFFENRECHT ENDLICH VERSCHÄRFEN

Der Mordfall Walter Lübcke, die tödlichen Schüsse eines sogenannten Reichsbürgers auf einen Polizisten in Bayern, aber auch die vielen weiterhin bestehenden waffenrechtlichen Genehmigungen bei Rechtsextremisten zeigen: Das Waffenrecht muss dringend verbessert werden. Kauf, Verwendung und Aufbewahrung legaler Waffen sind weiterhin zu lax geregelt. Das muss sich ändern. Es braucht bei Anträgen auf Waffenerlaubnis eine Regelafrage beim Verfassungsschutz, regelmäßige Zuverlässigkeitsprüfungen und Kontrollen des privaten Waffen- und Munitionsbestands. Die Bundesregierung stand hier immer massiv auf der Bremse. Unionsinnenminister sehen sich offenbar der Waffenlobby verpflichtet und haben effektive einheitliche EU-Regelungen bewusst sabotiert. Ein Höchstmaß an öffentlicher Sicherheit muss das Kriterium sein, nicht die Zufriedenheit der Waffenlobby. Auch muss viel mehr getan werden, um das Problem illegaler Waffenverkäufe anzugehen.



## KEHRTWENDE IN DER IT-SICHERHEIT

Die steigende Zahl der Hacking-Angriffe verdeutlicht die reale Gefahr verheerender Hacks. Es bedarf einer echten Kehrtwende und eines Sofortprogramms zur Erhöhung der IT-Sicherheit in Deutschland. Säbelrasseln mit ungeeigneten Gegenangriffen helfen nicht weiter. Vielmehr muss die Stärkung der Widerstandsfähigkeit bestehender IT-Systeme im Vordergrund stehen. Es braucht Haftungsregelungen, die dem Problem schlechter Software entgegenwirken, und eine Unterstützung von Open-Source-Produkten, die eine verbesserte Prüfbarkeit von Software ermöglichen. Wir fordern, dass das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in seiner Beratungsfunktion für die Bürgerinnen und Bürger unabhängig gestellt wird. Die Verantwortung für IT-Sicherheit und Schutz von Kommunikation darf nicht allein auf Nutzerinnen und Nutzer sowie Unternehmen abgewälzt werden. Dem Staat kommt eine verfassungsrechtliche Schutzverantwortung zu.



## **STÄRKERE ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Bestehende Kommunikationsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden in Europa sowie Systeme auf europäischer Ebene werden bislang immer noch viel zu wenig genutzt. Deutschland kann die Gefahr des Terrors und der grenzüberschreitenden Kriminalität nicht allein lösen. Die Bundesregierung hat viel zu wenig getan, um die offen zu Tage getretenen Defizite abzustellen. Es ist unerlässlich, die internationale Zusammenarbeit zu stärken und den Austausch von Informationen zu intensivieren. Sie müssen nach klar definier-

ten rechtsstaatlichen Kriterien und Aufgaben ablaufen. Denn nur so haben die Sicherheitsbehörden der europäischen Staaten die Chance, Bewegungen und logistische Netzwerkstrukturen potenziell gewaltbereiter Rechtsextremisten oder Islamisten ebenso wie der organisierten Kriminalität wirksam zu erfassen und im Blick zu behalten. Das ist Voraussetzung für eine effektive Verhinderung und Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität.

# NOCH FRAGEN?

## ZUM WEITERLESEN:

- ——— gruene-bundestag.de » Themen » Innenpolitik

## BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/8700 Neustart des Verfassungsschutzes des Bundes (Antrag)
- 19/7928 Unabhängige/r Polizeibeauftragte/r (Gesetzentwurf)
- 19/2000 Periodischer Sicherheitsbericht (Gesetzentwurf)
- 19/10132 Entwicklungen bei der Bundespolizei (Kl. Anfrage)
- 19/943 Anschlag auf dem Breitscheidplatz (Untersuchungsauftrag)
- 19/14092 Tödliche Gefahr durch Schusswaffen eindämmen (Antrag)
- 19/14091 Rechtsextremen Netzwerken entschlossen entgegen-treten (Antrag)
- 18/10477 Eine bundesweite Präventionsstrategie gegen den gewaltbereiten Islamismus (Antrag)

### Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 3: Bürgerrechte und  
Demokratie, Rechts- und Gesell-  
schaftspolitik

TEL 030/227 56789

FAX 030/227 56552

info@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert  
über unsere parlamentarische  
Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie  
darf im Wahlkampf nicht als Wahl-  
werbung verwendet werden.*

### Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion,

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski

Titel: Caro/Westermann

Stand: Oktober 2019, 2. aktual. Auflage